

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Geschäftsstand**  
für beide Teile ist Calw



**Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Sernsprecher Nr. 9**

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 48

Dienstag, den 26. Februar 1929

102. Jahrgang

## Das belgisch-französische Geheimabkommen

Ein unerhörter Verstoß gegen den Locarnogedanken

### Große Verletzung des Völkerbunds Paktes

Amsterdam, 26. Febr. Das „Utrechtisch Dagblad“ in Utrecht veröffentlicht, wie schon kurz gemeldet, ein angeblich im Jahre 1920 in Brüssel abgeschlossenes geheimes französisch-belgisches Militärabkommen sowie die Auslegungsbestimmungen zu diesem Vertrage, wie sie im Sommer 1927 vom französischen und vom belgischen Generalstab in einer gemeinsamen Sitzung festgelegt worden sein sollen. In einer Vorbemerkung zu seiner aufsehenerregenden Veröffentlichung sagt das „Utrechtisch Dagblad“, es habe mit dem Abdruck der durch Zufall erlangten Dokumente gewartet, bis es genügende Garantien für die Echtheit dieses Stückes in die Hände bekommen habe. Es sehe voraus, daß der belgische Generalstab die Echtheit dieser für ihn kompromittierenden Dokumente durch ein formelles Dementi bestreiten werde, doch werde ein solches Dementi die Überzeugung von der Beweiskraft der Schriftstücke nicht erschüttern können. Die Veröffentlichung sei sowohl im Interesse Hollands, wie auch des internationalen Friedens geboten.

Das von dem Blatt veröffentlichte eigentliche Abkommen umfaßt acht Artikel, von denen der erste vorsieht, daß, falls eines der beiden vertragschließenden Länder sich mit Deutschland oder einer von Deutschland unterstützten Macht im Kriegszustand befindet, es von seinem Vertragspartner mit seiner gesamten verfügbaren Macht unterstützt werden soll. Artikel 2 bestimmt, daß sich diese Abrede nicht allein auf die Rheingrenze, sondern auf jeden Angriff bezieht. Artikel 3 verpflichtet beide Länder, sofort und ohne besondere vorherige Bestätigung zu mobilisieren, falls eine Macht, die auf irgendeine beliebige Weise durch Deutschland unterstützt wird, die Absicht einer Mobilisierung erkennen läßt. Sie mobilisieren gegen Deutschland, sobald auf Grund der bestehenden internationalen Verträge und Abkommen der „casus foederis“ gegeben ist. Im Artikel 4 übernimmt es Belgien, im gegebenen Fall ein Minimum von 600 000 Mann zu mobilisieren, während sich Frankreich seinerseits verpflichtet, Belgien mit einer Truppenmacht von mindestens 1 200 000 Mann zu unterstützen, die auf belgischem Gebiet operieren soll. Artikel 5 bestimmt, daß die verfügbaren Truppen beider Länder sofort die Offensive ergreifen, so daß Deutschland gleich-

zeitig im Norden und im Süden mit der gemeinsamen Aufstellung kämpfen muß. Artikel 6 bezieht sich auf die fortlaufende Zusammenarbeit der Generalstäbe der beiden Heere. Durch Artikel 7 wird das Abkommen für einen Zeitraum von 25 Jahren geschlossen. Wird es nach Ablauf dieser Zeit nicht gekündigt, so bleibt es weitere 25 Jahre in Kraft. Beide Parteien verpflichten sich, kein militärisches Abkommen oder diplomatisches Schriftstück zu unterzeichnen, durch das das vorliegende Abkommen aufgehoben wird. Im Falle eines Krieges werden sie keinen Sonderfrieden schließen. Artikel 8 besagt: Der Inhalt dieses Abkommens wird streng geheim gehalten werden.

In dem von den französischen und belgischen Generalstäben aufgestellten Interpretationsbestimmungen wird unter Hinweis auf das englisch-belgische Abkommen vom 7. Juli 1927 ausgeführt, daß sich die eventuellen Gegner Belgiens auf Deutschland und Holland und die eventuellen Gegner Frankreichs auf Italien und Spanien beschränken lassen. Es werden sodann Verhaltensmaßregeln für den Fall eines Konfliktes mit Deutschland, Holland oder mit Italien aufgestellt, wobei ein Einfall in das Ruhrgebiet, ein Einfall in Hollandisch-Limburg sowie ein gemeinsames Operieren in Hollandisch-Flandern in Aussicht genommen.

Man kann es verstehen, daß die Belgier und Franzosen diesen von ihrem Marschall Foch unterzeichneten Vertrag nicht veröffentlicht haben, sondern daß sich der belgische Außenminister und der französische Präsident der Republik Millerand im Jahre 1920 darauf beschränkt haben, dem Völkerbund einen harmlosen Briefwechsel zu übersenden, in dem gesagt wird, daß die beiden Regierungen ein Militärabkommen abgeschlossen haben, das der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit dient und die Souveränität beider Staaten nicht beeinträchtigt.

Der Artikel 18 der Völkerbundscharta, gegen den das französisch-belgische Militärabkommen offensichtlich verstoßt, lautet: Jeder Vertrag oder jede internationale Abmachung, die ein Bundesmitglied künftig abschließt, ist unverzüglich beim Sekretariat einzutragen und sobald wie möglich von ihm zu veröffentlichen. Kein solcher Vertrag und keine solche internationale Abmachung ist vor dieser Eintragung rechtsverbindlich.

## Die unvermeidlichen Widerrufungen

Ämtliche Erklärungen aus Brüssel, Paris und London

U. Brüssel, 26. Febr. Die belgische Regierung erläßt folgende ämtliche Mitteilung:

„Es genügt, einen oberflächlichen Blick auf die Veröffentlichung der holländischen Zeitung zu werfen, um zu verstehen, daß es sich um eine grobe Fälschung handelt. Die belgische Regierung hat wiederholt genaue und ausführliche Aufklärung über den französisch-belgischen Militärvertrag gegeben. Es genügt, an die Erklärungen des damaligen Außenministers Vanderveelde zu erinnern, die er am 16. November 1927 vor dem Parlament abgab und an den Brief Jaspars, den dieser am 26. Januar 1928 an den Vorsitzenden der Gemischten Militärkommission gerichtet hat. Der französisch-belgische Militärvertrag bezieht sich allein auf einen Angriff, zu dem Deutschland nicht herausgefordert worden ist. Der Vertrag selbst wurde im Jahre 1920 dem Parlament mitgeteilt. Nur die militärischen Abmachungen zwischen den französischen und belgischen Generalstäben blieben geheim.“

Der Cai d'Orsay dementiert ämtlich die Meldungen eines holländischen Blattes über einen französisch-belgischen geheimen Militärvertrag. Man weist auf den defensiven Charakter des im Jahre 1920 geschlossenen Vertrages und auf die Tatsache der Eintragung und Veröffentlichung im Völkerbundssekretariat hin.

Den Dementis der belgischen und französischen Regierung über das französisch-belgische Geheimabkommen schließt sich auch das englische Auswärtige Amt an. Es läßt ämtlich erklären, daß über den berichteten Vertrag nichts bekannt sei.

Von dem in enger Fühlung mit den maßgebenden Regierungskreisen stehenden diplomatischen Mitarbeiter der „Morningpost“ wird das Bestehen eines förmlichen Vertrages dementiert, aber betont, daß Vereinbarungen zwischen den Militärschefs der beteiligten Länder durchaus natürlich seien. Es ist wahrscheinlich, daß zwischen den alliierten Regierungen erst noch ein Meinungsaustrausch stattfindet, bevor endgültige Erklärungen abgegeben werden. Es ist dies

umso mehr anzunehmen, als man sich nicht im Unklaren darüber ist, daß eine Bestätigung der tatsächlichen Richtigkeit der holländischen Veröffentlichungen mit dem völligen Zusammenbruch der Locarnopolitik gleichbedeutend wäre.

**Berliner Pressestimmen.**

Die Enthüllungen über das französisch-belgische Militärabkommen werden von der gesamten Berliner Presse eingehend kommentiert. Es gibt diesmal nur eine Stimme: Das Abkommen ist ein unerhörter Verstoß gegen den Locarno-Gedanken.

Die „Germania“ leiht der allgemeinen Ansicht Ausdruck, wenn sie schreibt: Es ließe sich kaum vermuten, daß nach diesem feierlichen Bescheid Deutschlands, nach der Garantiefestlegung Englands und Italiens für die Unverletzlichkeit der Rheingrenzen Belgien und Frankreich im glatten Widerspruch zu den getroffenen Vereinbarungen sein Militärbündnis mit der Spitze gegen Deutschland aufrecht erhalten würde.

Die „Bosnische Zeitung“ bezeichnet als besonders bedeutungsvoll für die Tendenz des Abkommens die „Ausführungsbestimmungen“ der Generalstäbe, die sieben Jahre später einen genauen Offensivplan gegen Deutschland ausarbeiteten, bei dem ansehend die Verletzung der holländischen Neutralität durch den vorgesehenein March durch die Provinz Limburg eine große Rolle spielt.

### Um die Lösung der Transferfrage

U. Paris, 26. Febr. Die gestrige Volltagung des Sachverständigenausschusses sollte die Entscheidung über den weiteren Arbeitsplan der Konferenz bringen. Der mit der Ausarbeitung beauftragte Fünferausschuß legte jedoch keinen eindeutigen Arbeitsplan vor, stattdessen zwei Alternativen, die sich beide mit der Frage beschäftigen, unter welchen Bedingungen ein geschätzter Teil der Annuitäten geschaffen werden kann, während die Frage, ob überhaupt Annuitäten in zwei Teile, in einen geschätzten und einen ungeschätzten, geteilt werden können, bereits grundsätzlich entschieden ist, immer den Fall vorausgesetzt, daß man sich zum Schluß der Konferenz über die Höhe der Annuitäten einig ist. Die beiden Alternativen sehen zwei verschiedene Schlußvorschläge für einen Teil der Annuitäten vor. Der

## Tages-Spiegel

Das belgisch-französische Geheimabkommen, welches von einer holländischen Zeitung veröffentlicht wurde, stellt einen unerhörten Verstoß gegen den Locarnogedanken und den Völkerbunds pakt dar.

In Brüssel, Paris und London beehrt man sich natürlich die unangenehme Enthüllung zu dementieren.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers besaßte sich das Reichskabinett gestern mit den Vorschlägen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Beseitigung der Notstände der deutschen Landwirtschaft. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Der deutsche Gesandte von Britanien und Gaffron und Staatssekretär Kellogg tauschten gestern die Ratifikationsurkunden des deutsch-amerikanischen Schiedsvertrages aus.

Von einem über Nordschwedens, Finnland und Rußland stehenden Hochdruckgebiet dringen wieder kältere Luftmassen nach Deutschland. Nur Bayern, Württemberg und Baden sind bisher von Temperaturen unter Null verschont geblieben.

Streit um die Auswahl der beiden Alternativen gilt vor allem der Frage, in welchem Umfange Deutschland in dem neuen Transferausschuß beteiligt sein soll. Mit der Verantwortung, die der deutschen Regierung durch den Eintritt in den neuen Transferausschuß aufgebürdet würde, müßten allerdings weitgehende Rechte den deutschen Vertretern zugestanden werden. Diese Rechte müßten bereits jetzt bei den gegenwärtigen Verhandlungen genau umrissen werden. Die Vollziehungen sind vorläufig ausgesetzt, bis sie der Vorsitzende Owen Young erneut einberuft.

Um die Zeit der im Fünferausschuß nicht vertretenen Sachverständigen nicht unnütz zu vergeuden, ist gleichzeitig auf Vorschlag des Vorsitzenden ein Sachlieferungs-ausschuß als zweiter Unterausschuß eingesetzt worden, zu dessen Vorsitzenden der Amerikaner Perkins bestimmt wurde. Diesem Sachlieferungs-ausschuß wird je ein Vertreter einer jeden Abordnung angehören. Von deutscher Seite Dr. Bögl er. Die Einsetzung des Sachlieferungs-ausschusses hat eine Vorgeschichte. Die zwischen den Engländern und Franzosen bestehenden Meinungsverschiedenheiten über den Nutzen der Sachlieferungen haben hinter den Kulissen der Sachverständigenkonferenz zu scharfen Meinungsverschiedenheiten geführt, wobei die Engländer ihren ablehnenden Standpunkt den Sachlieferungen gegenüber zum Ausdruck brachten, während die Franzosen, die an und für sich sicherlich auch keine allzu großen Freunde von übermäßigen Sachlieferungen sind, immerhin einen positiveren Standpunkt als die Engländer einnahmen.

Zu der Teilung der deutschen Annuitäten in einen geschätzten und einen ungeschätzten Teil sei daher grundsätzlich bemerkt: Wie oben erwähnt, handelt es sich bei den getrennten Auffassungen über die Bildung eines neuen Transferausschusses im wesentlichen um Zuständigkeitsfragen, d. h. um die Beteiligung Deutschlands und der Alliierten am Ausschuss, weiterhin um die schwierige Frage, ob der Ausschuss sehr weitgehende oder begrenzte Vollmachten erhalten soll. Der deutsche Standpunkt neigt der Auffassung zu, daß Zuständigkeiten möglichst weit gehalten werden sollen, während auf der Gegenseite andere Stimmen laut wurden. Man denkt sich im übrigen den Ausschuss nicht als eine ständig tagende Organisation, sondern als ein von Fall zu Fall einzuberufendes Schlichtungsorgan. Der vom Transferausschuß freigelassene Teil der Annuitäten soll auf diejenigen Summen beschränkt werden, die auf die Kommerzialisierung und Mobilisierung der deutschen Schuld verwendet werden würde.

Die Kommerzialisierung der deutschen Schuld könnte auf zweierlei Arten erfolgen, 1. indem deutsche Kriegsschuldverpflichtungsschuldverschreibungen an den Weltbörsen privaten Kreisen zugänglich gemacht würden, oder aber indem die Gläubigerländer Deutschlands eigene Schuldverschreibungen in deutsche Kriegsschuldverschreibungen austauschten, für die Deutschland dann die Zinszahlung und Amortisierung zu tragen hätte.

Nach Ansicht der deutschen Sachverständigen dürfte das Verhältnis zwischen geschätztem und ungeschätztem Teil der Kriegsschuldverschreibungen sich etwa so gestalten, daß der geschätzte Teil auf jeden Fall größer sei, wenn nicht sogar ein Mehrfaches des ungeschätzten Teiles darstellen müßte. Abschließend sei bemerkt, daß über die Höhe der deutschen Jahreszahlungen und über die Zahlungsdauer bisher keine grundsätzlichen Besprechungen stattgefunden, daß aber in informellen Gesprächen der einzelnen Mitglieder der Abordnung die Frage der Art der Kommerzialisierung der deutschen Schuld bereits erörtert wurde, ohne daß auch hierbei Zahlen genannt wurden.



## Die neuen Koalitionsaussichten

Wie die Telegraphen-Union aus völksparteilichen Kreisen hört, betrachtet man es dort als einen wesentlichen Vorteil, daß es sich durch die Verhandlungen über die Preußenkoalition endlich herausgestellt habe, daß die Koalition nicht an Personalfragen, sondern an der Konfordsatzfrage scheitern mußte. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei werde seinen Beschluß vom 24. 11. 28, auf gleichzeitige Umbildung der Reichs- und der preußischen Regierung wohl abändern, aber die Haltung der preußischen Landtagsfraktion gegenüber den Konfordsatzumutungen billigen. In völksparteilichen Kreisen erklärt man weiter; für den Fall, daß die Krise Neuwahlen zeitigen sollte, diese Neuwahlen nicht zu scheuen. Die Stellung der Volkspartei gegenüber ihrer Wählererschaft ist bei dem Konfordsatz die gleiche wie bei dem Reichsschulgesetz.

## Die Lage in Afghanistan

Die ausländischen Gesandtschaften verlassen Kabul.

21. London, 25. Febr. In Kabul hat ein Meinungsaustrausch zwischen den europäischen Mächten stattgefunden, in dessen Verlauf die Mächte zu der Ueberzeugung kamen, daß die Beibehaltung der Gesandtschaften keinen Zweck mehr habe, während auf der anderen Seite die Sicherheit der Gesandten und des Personals ernstlich gefährdet sei. Es wurde beschlossen, Kabul auf dem Luftwege zu verlassen.

Ueber die bisher von den britischen Luftstreitkräften in Indien durchgeführte Räumungsaktion wird zusammenfassend mitgeteilt, daß über 500 Männer, Frauen und Kinder aus Kabul nach Indien zurückbefördert worden seien. Am Samstag wurde ein Versuch gemacht, mit der Räumung der verschiedenen diplomatischen Vertretungen zu beginnen, doch vermochten die britischen Flugzeuge angesichts der herrschenden außerordentlich ungünstigen Wetterbedingungen ihre Aufgabe noch nicht zu lösen.

## Die Aufgabe Nadir Khans in Afghanistan.

Die Sowjet-Telegraphenagentur veröffentlicht eine Meldung aus Bombay über die Verhandlungen Nadir Khans bezüglich der Beziehungen zwischen England und Afghanistan. Nadir Khan habe der indischen Regierung vorgeschlagen, alle Maßnahmen für den Abtransport englischer Staatsangehöriger aus Afghanistan zu treffen. Dann möge aber die indische Regierung die Entsendung der englischen Flugzeuge nach Afghanistan einstellen. Nadir Khan erklärte weiter, daß er in Madras die Führung der Truppen Aman Ullahs gegen Habib Ullah übernehmen werde.

## Katastrophale Lage in Kroatien

21. Agram, 25. Febr. Wie aus Susak gemeldet wird, befinden sich die Inseln im Quarnero in einer äußerst schwierigen Lage. Infolge der schweren Schneefälle ist jede Verkehrsabriegelung unterbrochen; da wegen des Schneesturmes der letzte Tag auch der Schiffsverkehr stockt, sind die Lebensmittelvorräte auf der Insel Veglia aufgebraucht. Wenn nicht bald Hilfe kommt, droht Hungersnot. Besonders schwer hat die alte Hafenstadt Zengia im kroatischen Küstenland gekittet. Infolge des mehrere Tage anhaltenden Schneefalles sind alle Zufahrtsstraßen gesperrt und die Stadt von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Stellenweise liegt der Schnee 10 Meter hoch. Mehrere Bauernhäuser sind vollkommen eingeschneit und man fürchtet um das Schicksal ihrer Bewohner. Der Bezirksvorstand hat militärische Hilfe zur Säuberung der Zufahrtsstraßen erbeten.

## Kleine politische Nachrichten

Die Reichseinnahmen im Januar. Die Einnahmen des Reichs im Januar 1929 betragen laut Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums bei den Besitz- und Verkehrssteuern 794,9 Millionen RM, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 811,9 Millionen RM, zusammen 1.606,8 Millionen RM. Davon entfallen auf die Einkommensteuer 234,1, die Körperschaftsteuer 118,1, die Umsatzsteuer 203,1, die Zölle 159,8 und die Biersteuer 30,4 Millionen RM. Das Januarabkommen der übrigen Steuern weist gegenüber dem Dezemberabkommen keine nennenswerten Abweichungen auf.

Die geldliche Abhängigkeit der Verbündeten von Deutschland. Der ehemalige Minister Le Troquer erklärte in einem Vortrag, wenn sich Deutschland weigern sollte, den Verbündeten ihre wesentlichen Kriegskosten zu bezahlen, würde es diesen unmöglich sein, sich ihren Bankiers gegenüber von ihren eigenen Schulden zu befreien. Wenn Berlin nicht zahlen wolle, würden die Verträge Béranger-Mellon und Caillaux-Churchill nicht ausführbar sein. Frankreich würde nicht in der Lage sein, sein Wort zu halten, eben weil das Deutsche Reich verlage.

Die Besetzung des neuen Kabinetts Hoover. Von maßgebender Seite in Washington wird erklärt, daß folgende Posten in dem Kabinett Hoover endgültig besetzt seien: Staatsdepartement Henry Stimson, Schatzamt Mellon, Innenminister Ray Lyman Wilbur. Weiter verlautet, daß die Ernennung Charles Francis Adams zum Marineminister und die von Walter Brown endgültig in Aussicht genommen ist.

## Kultminister Dr. Bazille

### zur württ. Landespolitik

Auf dem in Heilbronn abgehaltenen Landesparteitag der Deutschen Nationalen Volkspartei sprach Kultminister Dr. Bazille über württ. Landespolitik. Er führte dabei im wesentlichen folgendes aus: In Württemberg war, solange die Rechte und das Zentrum eine Mehrheit hatten, eine Verändingung stets ohne große Schwierigkeiten zu erreichen, da die politischen Grundanschauungen beider Parteien im wesentlichen dieselben sind. Seit den letzten Wahlen brauchen aber die beiden Regierungsparteien die Unterstützung anderer Parteien. Dies erschwert ein energisches und planvolles Regieren. Der Redner behandelte dann die wichtigsten Probleme der württembergischen Politik. Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern sei geradezu bedrohlich geworden. Schuldig an der Verschärfung der Gegensätze sind drei

Dinge: Das mangelnde Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der Länder, der Versuch, die Ziele des Unitarismus auf Umwegen zu erreichen und schließlich die chronischen Berliner Ungeschicklichkeiten. Das Problem des Verhältnisses Reich und Land ist an sich keineswegs besonders schwierig. Ungeschickliche Hände haben es schwierig gemacht, namentlich aber die Leichtigkeit, mit der man sich seit der Revolution über Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzt. Nur mit größter Besorgnis kann man auf die weitere Entwicklung sehen. In der Wirtschaft- und Sozialpolitik Württembergs hat sich seit 1924 nichts geändert und wird sich nichts ändern. Die Finanzlage Württembergs ist nicht mehr günstig, aber doch so, daß eine Steuererhöhung vielleicht vermieden werden kann. Die Angriffe auf die Kulturpolitik waren stets unbegründet. Je weiter abwärts der Weg der deutschen Entwicklung führen wird, desto mehr werden sich ihre bisherigen Gegner davon überzeugen, daß diese Kulturpolitik lediglich, wie ich ja oft genug ausgesprochen habe, durch die Voraussicht der kommenden Dinge bestimmt war. Das große Problem der Staatsvereinfachung wird wieder aktuell werden, sobald der Reichsparlamentarismus seine Arbeiten abgeschlossen haben wird. Schon heute bin ich mir aber darüber im klaren, daß nur eine große Reform in große Ersparnisse bringen kann. Die Prinzipien dieser Reform sind bis jetzt nicht gefunden worden, weil man zu sehr an die unmittelbare Staatsverwaltung und zu wenig an die Selbstverwaltung gedacht hat. Auf Grund eingehender Untersuchungen bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß die Reform bei der Organisation, dem Aufgabekreis und den Lasten der Selbstverwaltungsförderung, also in Württemberg bei den Gemeinden und Amtskörperschaften einsetzen muß. Dabei könnten vor allem Ersparnisse bei den Personal-, Schul- und Wegelasten erzielt werden. Auf dem Gebiet des Schulwesens könnte man daran denken, daß sich benachbarte kleine Gemeinden mit Zwergschulen zu einem Schulverband zusammenschließen würden, so daß die Schüler dieser Gemeinden in eine zentral gelegene gemeinsame ausgebaut Schule gehen könnten. Auch Amtskörperschaften könnten, um der Erfüllung der fast untragbaren Aufgaben und Lasten besser gewachsen zu sein, in größere Verbände zusammengefaßt werden. Erst auf diesem vereinfachten Gemeinde- und Körperschaftswesen könnte eine wirkliche Staatsvereinfachung aufgebaut werden. Die jetzige Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, solange als irgend möglich, die jetzige Koalition zu erhalten; es ist wohl leicht, die jetzige Regierung zu stürzen, aber sehr schwer, eine neue Regierung zu bilden, denn das Zentrum wird sich kaum dazu entschließen können, mit der liberalen Volkspartei und der Sozialdemokratie zusammen zu regieren. Die Frage der Lehrerbildung könnte allerdings zu einer Krise führen, da die Deutschnationale Partei es für untragbar hält, den Haushaltsplan zur Durchführung der Hochschulbildung für die Volksschullehrer mit jährlich 5 Millionen mehr als bisher zu belasten.

## Württ. Landtag

### Beratung der Gemeindeordnung.

Der Landtag nahm in seiner letzten Sitzung zunächst einen Antrag an, wonach in den Sonderausschuß für die Beratung der Neuordnung, des Kunst- und Fachschulwesens die Abg. Becker, Dr. Brudmann, Hartmann, Heymann, Klebig, Dr. Schermann und Dr. Wiber gewählt wurden. Dann wurde die Beratung der Gemeindeordnung fortgesetzt. Der soz. Antrag zu Art. 63 a bei den besoldeten Gemeinderäten auf das Bestehen einer höheren Dienstprüfung zu verzichten, wurde abgelehnt. In Art. 67 ist dem Ortsvorsteher ein Strafrecht gegeben. Ein hiegegen gerichteter komm. Antrag wurde abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein Antrag Heymann (S.), der verlangte, daß für alle Gemeindevertretungen eine Geschäftsordnung bestehen soll. Beschlossen wurde eine solche nur für die Gemeinden 1. Klasse. Bei Art. 68 beantragte der Abg. Heymann (S.), daß die mit der Bearbeitung bestimmter Gemeindeangelegenheiten betrauten Beamten innerhalb ihres Geschäftskreises mit beratender Stimme zu den Sitzungen zugezogen werden. Er vertrat die Auffassung, daß die Ortsvorsteher vor allem die technischen Beamten planmäßig fernhalten. Staatspräsident Dr. Volz bezeichnete es als mit der Selbstverwaltung nicht verträglich, daß einzelne Beamte, die Hilfsorgane des Ortsvorstehers sind, eigene Rechte im Gemeinderat haben. Meistens würden ja diese Beamten zur Beratung zugezogen, aber ein Anrecht darauf dürfe ihnen nicht zustehen. Der Abg. Scheef (Dem.) verpflichtete dem durchaus bei und der Antrag Heymann wurde abgelehnt. Zu Artikel 70 wurde ein Antrag Dr. Ströbel (WB.) und Kühle (Z.) angenommen. Die Sitz- und Stimmordnung bestimmt sich, wenn die Geschäftsordnung nichts anderes vorschreibt, nach der Reihenfolge des Eintritts in den Gemeinderat auf Grund der letzten, die Mitgliedschaft begründenden Wahl und bei gleich-

zeitig gewählten Mitgliedern der auf sie gefallenen Stimmen, bei gleicher Stimmenzahl nach dem Lebensalter. Schließlich wurde noch in die Beratung des Artikels 72 eingetreten, der die Wahlen zu den Abteilungen und Ausschüssen des Gemeinderats betrifft. Der Abg. Bauck (WB.) stellt dabei einen Antrag zum besseren Schutz der Minderheiten. Der Abg. Bock (Z.) bemerkte dazu, man solle dem Gemeinderat doch nicht jede Verwaltungshandlung vorschreiben und ihm zutrauen, daß er die verschiedenen Wahlen recht und gerecht vornehme. Darauf wurde die Beratung der Gemeindeordnung bei Art. 73 fortgesetzt. Er handelt von dem Ausschluß einzelner Gemeinderatsmitglieder wegen Befangenheit. Der Abg. Mößner (S.) betonte, daß diese Bestimmung im Interesse der Reinlichkeit der öffentlichen Verwaltung notwendig ist, wünschte aber eine Ausnahme für gemeinnützige Genossenschaften und stellte den Antrag, daß sich die Vertreter gemeinnütziger Genossenschaften auch bei den die Genossenschaft berührenden Fragen an der Beratung und Abstimmung beteiligen dürfen. Staatspräsident Dr. Volz erklärte, es gehe nicht an, daß die Vorstandsmitglieder solcher Vereinigungen, die nicht immer gut stehen, ihre eigenen Interessen auf dem Rathaus als Gemeinderäte vertreten. Die Frage führte zu einer längeren Erörterung, doch wurde der soz. Antrag abgelehnt. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag Kühle (komm.) zu Art. 74, der dahin zielte, daß die Verhandlungen des Gemeinderats grundsätzlich öffentlich sein sollen. Nach dem gefaßten Beschluß sind sie indessen nur öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl des Reichs, des Staats oder der Gemeinden oder berechtigter Belange einzelner entgegenstehen. Angenommen wurde ein Antrag Scheef (Dem.), wonach die Gemeinderatsverhandlungen in geeigneter Weise bekanntzumachen sind. Nach dem Ausschlußantrag sollte ortsübliche Bekanntmachung erfolgen. Die ortsübliche Bekanntmachung geschieht aber im Anzeigenblatt der Zeitungen. Der Antragsteller wollte die daraus entstehenden Kosten den Gemeinden ersparen und betonte, daß die Bekanntmachung im redaktionellen Teil der Zeitungen nichts koste. Nachgeholt wurde sodann eine Abstimmung zu Art. 72 Abs. 3: „Bei Wahlen zu Abteilungen und Ausschüssen sind die im Gemeinderat vertretenen Mitgliedervereinigungen tunlichst im Verhältnis ihrer Stärke zu berücksichtigen. Ihren Vorschlägen soll möglichst Rechnung getragen werden.“ Dieser Abg. wurde mit 34 gegen 26 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Man begann dann noch die Beratung der Art. 77 und 78 betr. die Verwaltungs- und Verwaltungsausschüsse.

### Ein Vorschlag für die Zugförderung.

Der Abg. Hartmann (WB.) hat folgende kleine Anfrage, die hundertste in diesem Landtag, gestellt: In letzter Zeit häufen sich in Deutschland die Eisenbahnunfälle. Ungeachtet des gewiß guten Automatenmeldensystems im deutschen Eisenbahnbetrieb dürfte es sich empfehlen, für die Zugförderung wie in anderen Ländern, z. B. in Amerika, das menschenmögliche dadurch zu tun, daß bei jedem unfreiwilligen Halten des Zuges sofort und nicht erst, wie bisher, nach 7 langen Minuten, vor die Spitze des Zuges und hinter das Ende desselben je ein Bahnbeamter in entsprechender Entfernung läuft, der bei Tag mit großer roter Flagge, bei Nacht mit moderner roter Scheinwerferlaterne, deren Strahlen auch Nebel zu durchdringen vermögen, ausgerüstet ist. Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung bzw. Reichsbahn entsprechende Schritte zu unternehmen?

## Turnen

### Handball.

L.B. Calw gegen L.B. Hochdorf 2:1 für Calw. Zum fälligen Pflichtspiel trafen sich in Calw obige Mannschaften. Calw ging in der ersten Minute durch prachtvollen Schuß des Halbrechters in Führung. 1 Minute nach Halbzeit glück Hochdorf aus. Nach schönem Zusammenhalt schloß der Linksaußen für Calw das 2. Tor. Beide Mannschaften zeigten ein schönes, flüssiges Spiel, das leider durch den schlüpfrigen Boden sehr beeinträchtigt wurde. Schiedsrichter Helber-Nagold war dem Spiel ein geachteter Leiter.

### Unterer Schwarzwald-Nagold-Turntag.

Der Turnwart-Versammlung für das Männerturnen in Calw folgte am Samstag und Sonntag ein solche der Turnwart für das Frauenturnen in der Turnhalle im Neuenbürg unter Leitung von Gau-Frauenturnwart Schnauffer-Bad Liebenzell. Die Teilnehmerzahl war eine recht große; sie betrug 60 Turnerinnen und Turnwarte. Einleitend wurden am Samstag-Abend zunächst einige Vorbildungen zu den allgemeinen Freilübungen durchgeführt, denen dann die Freilübungen selbst, sowie ein Teil der Volkstänze folgte. Am Sonntagmorgen wurden die Übungen fortgesetzt und mit einigen Laufübungen begonnen. Im weiteren wurden die Übungen für das Gauturnen in Hattenbach wie auch für das Kreisturnfest in Heilbronn bekanntgegeben. Eine geraume Zeit nahmen die Volkstänze in Anspruch, die im Frauenturnen, bei öffentlichen Veranstaltungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Die Übungen selbst zeigten, sowohl in der Formgebung als auch in der rhythmischen Eingliederung in das Ganze eine praktische Anpassung an die Wesensart des weiblichen Körpers, die besonders in den Freilübungen und in den Volkstänzen zum Ausdruck kamen. Reulübungen in Verbindung mit Bewegungsübungen, Stabübungen, sowie Vorbildungen zum Walzertanz bildeten eine weitere Bereicherung des umfangreichen Übungsstoffes. In einer Besprechung am Samstagabend wurden die Richtlinien für das Gau- bzw. Kreisturnfest bekanntgegeben. Man gewann unwillkürlich den Eindruck, daß das Frauenturnen im Gau erfreulicherweise stetig vorwärts schreitet und daß weite Kreise von der Notwendigkeit desselben im Interesse einer geistlichen Körperentwicklung der Frau durchdrungen sind. Eine große Arbeitsleistung wurde vollbracht und reges Interesse der Teilnehmerinnen zeichnete diese Tagung besonders aus. Gauoberturnwart Großmann-Oßen dankte am Schluß den Mitwirkenden für ihre Hingabe, insbesondere dem Gaufrauenturnwart für seine große Mühe sowie dem Turnverein Neuenbürg für die bewiesene Gastfreundschaft. Sch.

## Vermeidet Unfälle!

Denk an die Reichs-Unfallverhütungs-Woche!



Mutter, Vater, Schwester und ich... Schützt Eure Kinder! (Was der RAB-Propaganda „Augen auf“ an jedem Volksschüler zu haben.)

Denk an die Reichs-Unfallverhütungs-Woche!



Rauchen in Scheunen ist Verbrechen! (Was der RAB-Propaganda „Augen auf“ an jedem Volksschüler zu haben.)



# Generalversammlung des Bezirks-Handels- und Gewerbevereins

Am vergangenen Sonntag fand im Nebenzimmer des Restaurants Weiß die 81. Generalversammlung des Bezirks-Handels- und Gewerbevereins Calw unter dem Vorsitz von Flaschnermeister H. C. Essig statt. Der Vorsitzende eröffnete die gut besuchte Generalversammlung mit Worten der Begrüßung und erstattete im Anschluß hieran den Geschäftsbericht über das Jahr 1928. Ihm ist zu entnehmen, daß das vergangene Jahr sehr reich an Arbeit für den Verein war. Einen Höhepunkt bildete die 80jährige Jubiläumfeier, anlässlich derer 7 Mitglieder für 35jährige und 40 Mitglieder für 25jährige Zugehörigkeit zum Verein mit Medaillen ausgezeichnet werden konnten. Zugleich wurde eine Unterstützungskasse gegründet mit einem aus freiwilligen Beiträgen gebildeten Grundstock von rund 2500 RM, aus dessen Zinserträgen wirtschaftliche Räte bedürftiger Vereinsmitglieder gelindert werden können. Vorzubereiten hatte der Verein ferner zwei Verbandstagen von Handwerkerorganisationen in unserer Stadt. Eingehend berichtete der Vorstand über die stattgehabten Geschäftssitzungen und besuchten Tagungen, die vom Verein geleistete Bildungsarbeit (Vorbereitungs- und Fortbildungskurse) und die zur Verbesserung des Verkehrs unternommenen Schritte. Besondere Aktivität hat der Verein bei den Gemeinderatswahlen entwickelt und den schönen Erfolg erzielt, daß von 10 neugewählten Gemeinderäten 7 dem Verein angehören. Der Geschäftsbericht schloß mit einem Rückblick auf die Lage des Handwerks und Gewerbes im vergangenen Jahre. Der schlechte Geschäftsgang, die steuerliche und soziale Belastung, sowie die übrigen Erscheinungen, welche die Lage der Gewerbetreibenden ungünstig beeinflussen, fanden hiebei gebührende Erwähnung. Nachdem Schriftführer Lebzelter den Mitgliederstand bekanntgegeben hatte — nach 15 Neuaufnahmen und 6 Austritten während des vergangenen Jahres beträgt er 208 —, brachte Kassier Serva den Kassenbericht zum Vortrag. Derselbe schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 8996.82 RM ab. Der Vermögensstand beträgt 1896.80 RM; er ist gegenüber dem Vorjahr um 453.02 Reichsmark gestiegen. Die Kassenrevision wurde von den Herren E. G. Widmaier und H. C. Essig vorgenommen, es wurde hiebei alles in bester Ordnung befunden. Dem Kassier wurde Entlastung erteilt und von Vizevorstand Essig der Dank der Versammlung ausgesprochen. Eine Anregung aus der Mitte der Versammlung, keine weitere unproduktive Vermögensbildung vorzunehmen, vielmehr die aufgesparten Gelder der Unterstützungskasse und dem Fremdenverkehrsverein zuzuführen zu lassen, fand wenig Gegenliebe. Von Seiten der Vorstandschaft wurde zu Recht auf die Aufgaben des Vereins, Mittel für Fortbildungskurse, zum Besuch von Tagungen, Ausstellungen usw. bereitzustellen, hingewiesen. Als nächster Verhandlungsgegenstand wurde dann ein Satzungsentwurf für die Unterstützungskasse des Vereins erörtert. Die wesentlichen Bestimmungen der Satzung lauten: Aus dem Zinsertrag der Unterstützungskasse können auf Antrag beim Vorstand, hiesigen Mitgliedern des Vereins in folgenden Fällen Zuwendungen mit und ohne Verpflichtung zum Wiedererwerb gewährt werden: a) bei längerer Krankheit, b) bei dringender Bedürftigkeit und wirtschaftlicher Not, c) in Unglücksfällen. Ein Rechtsanspruch auf Unterstützung besteht nicht. Über Anträge und Zuwendungen entscheidet der durch den Vizevorstand, Schriftführer und Kassier verstärkte Vorstand. Die Unterstützung tritt erst ein, wenn ein Mitglied mindestens 3 Jahre lang dem Verein angehört und seine Beiträge regelmäßig bezahlt hat. In besonderen Ausnahmefällen können auch Bezirksmitglieder, soweit die Mittel reichen, unterstützt werden. Der Satzungsentwurf wurde nach eingehender Aussprache unter Vornahme einiger (oben bereits berücksichtigter) Abänderungen und Einfügungen gutgeheißen. Ein Vorschlag, den Verein nunmehr aus Zweckmäßigkeitsgründen ins Vereinsregister eintragen zu lassen, stieß auf geteilte Meinungen und wurde dem Ausschuß zur Weiterbehandlung überwiesen. Eine Anfrage des Kultministeriums an den Verein über den Bildungsstand der in die Lehre gelangten Volksschüler ist vom Vorsitzenden nach eingehenden Erkundigungen beantwortet worden. Aus der Versammlung heraus wurde hierzu festgestellt, daß man von einem Lehrling an Kenntnissen vor allem verlange: gut lesen, schreiben und rechnen. Die Volks-

schulbildung reiche vollkommen aus; besonders wünschenswert und notwendig sei es, den Schülern den Willen zur eigenen Fortbildung und Herausarbeit einzupflanzen, der durch den Ausbau des Fortbildungsschulwesens vielfach gefördert werden sollte. Die Calwer Schulen erfüllten ihre Zwecke aufs Beste. Nach Bekanntgabe des Programms der Fachkurse des Landesgewerbeamts und Empfehlung derselben durch den Vorsitzenden sprach man sich über die Heranbildung des Nachwuchses aus und bedauerte n. a. h. die, daß die jungen Meister so wenig Interesse am Verein nehmen. An den Ausdrachen beteiligten sich die Herren Stadtschultheiß Göhner, H. C. Essig, Rausche, E. G. Widmaier, Mast, Lebzelter, Perrot, Buhl, Frey und Binz. Den Abschluß der Tagesordnung der Generalversammlung bildete die Vornahme der Neuwahlen für den Ausschuß, von dessen Mitgliedern die Hälfte neu zu wählen war. Nachdem die bisherigen Mitglieder Fabrikant Perrot und Schreinermeister Schäfer eine Wiederwahl dankend abgelehnt hatten, wurden neben den wiedergewählten bisherigen Ausschußmitgliedern Lebzelter, E. Herzog, H. C. Essig, E. G. Widmaier und Henkelmann die Herren Stadtschultheiß Göhner und Direktor E. Schmidt neugewählt. Eine ausgedehnte und teilweise recht stürmische Debatte über die Fragen des Landkraftpostverkehrs und des Arbeitsamts Nagold schloß sich an die Wahlen an. In der ersten Frage bedauerte man den Rückgang des Botenwesens, das trotz der seitens der Stadtverwaltung und des Vereins geleisteten Unterstützungen sich nicht im alten Umfange aufrechterhalten ließ. Es bedeutete für die Geschäftswelt einen Idealanstand, der so leicht nicht wieder erreicht werden dürfte. Die Vorteile des ausgedehnten neuen Landpostverkehrs für Calw wurden durchaus anerkannt, und die Hoffnung ausgesprochen, daß mit dem Einleben des Verkehrs die Verbindungen bessere werden und die Postverwaltung ihr Augenmerk ganz besonders auch auf die Personenbeförderung richten möge. Wenn die heutige Einrichtung später den Personenverkehr in größerem Umfange berücksichtigen werde, gebe sie den Geschäftsleuten einen annehmbaren Ersatz für die früheren Verkehrsmöglichkeiten. In Anbetracht des Aufstrebens der Städte Nagold und Altensteig sowie Calmbach und der Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Calwer Bezirk in diese Orte wurden gute Verkehrsverbindungen zwischen den Bezirksamteinden und der Oberamtsstadt als dringend notwendig erachtet. Über das Arbeitsamt Nagold, welches bekanntlich fünf Oberamtsbezirke umfaßt, ist seit seinem Bestehen wenig Gutes laut geworden. Es hat sich sehr bald herausgestellt, daß hier die möglichen Vorteile der Zentralisierung in das Gegenteil umgeschlagen waren. Es ist hier durch eine Überspannung des Systems eine Schädigung entstanden. Die Folgen der Zusammenfassung von 5 Bezirken sind: weit erhöhte Unkosten für die einzelnen Bezirke und — angesichts der großen Arbeitslosenzahl verhänglich — das Nichtvermögen des Personals, die Arbeitsvermittlung in den bisher üblichen Maße durchzuführen. Aus der Versammlung wurden sehr erhitzte Stimmen laut, welche die Wiedereinführung eines Arbeitsnachweises in Calw forderten und mit aller Entschiedenheit dafür eintraten, daß man, anstatt die Zweigstelle Freudenstadt auszubauen, den Städten Calw und Freudenstadt eigene Arbeitsämter geben und diesen die Bezirke Nagold, Herrenberg und Horb in zweckmäßiger Weise zuteilen solle. Auch wurde an die Haltung der örtlichen Behörden vor der Schaffung des Arbeitsamts Nagold erinnert, welche in richtiger Voraussicht der kommenden Unzulänglichkeiten und Nachteile alles taten, um eine befriedigendere Lösung zu erzielen; es sei nun endlich Zeit, sich höheren Orts ihrer sachlich begründeten Einwände und Darlegungen zu erinnern und entsprechend ihren Vorschlägen Abhilfe zu schaffen. Neben der Bedeutung dieser Aussprachen trat eine Debatte über das neue Calwer Adressbuch in den Hintergrund. Nachdem der Vorsitzende noch auf die Unzweckmäßigkeit der Gründung von Innungsstellen in Calw hingewiesen und von dem Ergebnis einer Sammlung für den Altmeisterdank (17—18 RM) Kenntnis gegeben hatte, wurde die anregend verlaufene Generalversammlung geschlossen. (Ueber die im Anschluß stattgehabte Generalversammlung des Fremdenverkehrsvereins können wir infolge Raummangels erst morgen berichten. D. Schriftst.)

Abender der Ware recht, wäre Schweigen einer Ausnahme des Angebots gleich zu setzen. Im übrigen ist der Empfänger nicht verpflichtet, die Ware zurückzuschicken, auch wenn das dafür erforderliche Porto beigelegt war. Die Waren sind lediglich mit der gleichen Sorgfalt aufzubewahren, die bei eigenen Sachen angewendet zu werden pflegt. Die Rücknahme ist dem Absender auf Verlangen zu gestatten.

**Better für Mittwoch und Donnerstag.**  
Ueber Finnland hat sich wieder ein starker Hochdruck gebildet. Die Depression im Westen ist ziemlich schwach. Für Mittwoch und Donnerstag ist noch mehrfach bedecktes, allmählich wieder etwas kälteres Wetter zu erwarten.

**Stadtschultheißenwahl in Neuenbürg.**  
Neuenbürg-Bez., 25. Dez. Bei der am Sonntag unter Leitung von Landrat Kempf hier stattgefundenen Stadtschultheißenwahl haben von 1801 Wahlberechtigten 1127 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Davon entfielen auf den bisherigen Amtsinhaber Stadtschultheiß Knoke 1024 Stimmen. 103 Stimmen waren ungültig. Danach betrug die Wahlbeteiligung 63 Prozent. Ein Gegenkandidat war nicht aufgetreten. Stadtschultheiß Knoke ist somit mit großer Mehrheit wiedergewählt.

**CEB. Birkenfeld, OA. Neuenbürg, 25. Febr. Sonntag** vermittags ertönte Feueralarm. In dem angebauten Holzschuppen des Graveurs Friedrich Beck in der Karlstraße war auf bis jetzt noch unausgeklärte Weise Feuer ausgebrochen. Die Feuerwehr riß den lichterloh brennenden Schuppen zusammen, so daß die Scheune mit Wohngebäude vom Feuer verschont blieb, doch hatte das Gebäude leichten Schaden erlitten.

**CEB. Gärtringen, OA. Herrenberg, 25. Febr. Am Samstag** nachmittags wurde die hiesige Einwohnerschaft durch die Feuerlode in Schrecken gebracht. In dem Gebäude des J. Mast beim Rathaus war ein Brand ausgebrochen. Es rauchte zu allen Fenstern und Fugen heraus, daß man zuerst nicht recht wußte, wo der Herd lag. Zum Glück stellte sich aber bald heraus, daß die ganze Ursache im Keller lag. Einige Bund Stroh, die zum Zudecken von Kartoffeln dienten, haben dort ansehend durch Unvorsichtigkeit Feuer gefangen. Die Feuerwehr trat mit einer Schlauchleitung einige Minuten in Tätigkeit und nach kurzer Zeit wurde auch der dicke Rauch im Stockwerk wieder durchsichtiger, so daß keine größere Gefahr zu befürchten war.

**CEB. Herrenberg, 25. Febr. Dem Omnibus der Unte Herrenberg-Pfäffingen** passierte gestern in Rast am Drisenausgang nach Altingen ein Unfall dadurch, daß infolge Sichtlöses einer Schutzstange das Steuer wirkungslos wurde. Infolge Glattseises und der nur kurzen zur Verfügung stehenden Strecke konnte der Fahrer die Bremsen nicht mehr wirksam in Tätigkeit setzen. Der Wagen fuhr auf ein Haus auf und wurde beschädigt. Von den zwei Fahrern erlitt Kaiserwirt Krauß von Altingen an der Brust eine Quetschung.

**CEB. Unterjettingen OA. Herrenberg, 25. Febr. Sonntag** früh 6 Uhr brach im Wohnhaus des Bauers Fr. Reuttschler Feuer aus. Das Feuer ist vermutlich auf Kamindestoff zurückzuführen. Der im Hause wohnende Schneidermeister Gottf. Schille hat in seinem Kleiderstofflager und seiner Werkstätte größeren Schaden erlitten. Auch der Hausbesitzer ist durch das Ausbreiten einer Bühnenlampe stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein Glück war es, daß die alarmierte Feuerwehr rasch in Tätigkeit trat und in kurzer Zeit das Feuer auf seinen Herd beschränkte. Der Gebäude- und Mobiliarschaden dürfte jedoch einige 1000 M. betragen.

**CEB. Stuttgart, 25. Febr. Die Reichsbahndirektion** Stuttgart teilt mit: Infolge der Stilllegung der Schiffahrt und der großen Nachfrage nach Brennstoffen für Hausbrand wird der Güterwagenpark der Reichsbahn zurzeit außerordentlich stark beansprucht. Die Reichsbahn hat alles veranlaßt, um den Umlauf der gedeckten und offenen Wagen zu beschleunigen; dagegen lassen es die Empfänger von Wagen vielfach an einer raschen Entladung fehlen. Um Schwierigkeiten in der Stellung von Wagen tunlichst fernzuhalten, wird den Verkehrstreibenden daher dringend empfohlen, sofort alle Maßnahmen zu treffen, daß beladene eintreffende Güterwagen schneller als bisher entladen werden.

**CEB. Stuttgart, 25. Febr. In der Fäßinger Straße** fuhr ein Personenkraftwagen in eine mit Schneeabladen beschäftigte Arbeitergruppe. Hierbei wurden 4 Arbeiter z. T. nicht unerheblich verletzt und in Krankenhäuser verbracht. Der Kraftwagen wurde schwer beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

**CEB. Stuttgart, 25. Febr. An der heutigen Wahl** eines Vorsitzenden des Württ. Stroverbandes beteiligten sich 136 Abgeordnete mit 1416 Stimmen. Es wurden 1407 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen 893 Stimmen auf Ministerialdirektor Neuffer vom Württ. Innenministerium, 510 auf Bürgermeister Dr. Dollinger und 4 auf Reichsrat Hirzel. Ministerialdirektor Neuffer ist somit als Nachfolger für den verstorbenen Finanzminister a. D. Dr. Schall zum Vorsitzenden des Württ. Stroverbandes gewählt.

**CEB. Stuttgart, 25. Febr. Am 25. Februar 1929** morgens zwischen 1 und 1 Uhr wurde auf der Staatsstraße zwischen Böblingen und Baiingen a. d. Fildern auf den 22 Jahre alten Fahrer einer öffentlichen Kraftdroschke Bernhard Kraus von einem Fahrgast ein schwerer Ueberfall verübt. Der Fahrgast hatte den Kraus plötzlich von hinten angefallen und durch mehrere Schläge auf den Kopf, die mit einem Zimmermannshammer geführt wurden, nicht unerheblich verletzt. Dem Angegriffenen war es jedoch möglich, sein Fahrzeug anzuhalten, seinem Angreifer den Zimmermannshammer zu entreißen, ihn zu überwälzigen und zu fesseln. Er verbrachte ihn mit seinem Kraftwagen nach Baiingen a. F., wo er ihn der Polizei übergab.

**CEB. Ludwigsburg, 25. Febr. Aus Anlaß** des heutigen Geburtstages des Königs war das schlichte Grab des letzten Königs von Württemberg auf dem alten Friedhof wieder schön geschmückt. Wie jedes Jahr, so bildete es auch gestern das Ziel vieler, die dem verstorbenen Monarchen eine treue Gesinnung bewahrt haben.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 26. Februar 1929

### Auszeichnung.

Der Geschäftsführende Ausschuß des Frauenvereins vom roten Kreuz für Deutsche über See hat sein neugeschaffenes Anerkennungszeichen verliehen an Frau Fabrikant Rosa Wagner und Frau Landgerichtsrat Hölder in Calw.

### Meisterprüfung.

Der Maler Wilh. Weber von Calw hat vor der Handwerkskammer Reutlingen die Meisterprüfung mit Erfolg abgelegt.

### Der älteste Einwohner der Stadt gestorben.

Am Samstag ist im hohen Alter von 88 Jahren Hermann Einsle, früherer Schlossermeister in den Vereinigten Deckenfabriken gestorben. Er war der älteste Mann der Stadt. Dem Hiederkranken gehörte er viele Jahre als aktiver Sänger an. Er verbrachte hier im Kreise seiner Familie nach einem arbeitsreichen Leben einen ruhigen Feierabend.

### Kirche und Reichsunfallverhütungswoche.

ep. — Anlässlich der Reichsunfallverhütungswoche (Ruwo) ist kirchlicherseits darauf hingewiesen worden, daß die Pflicht zur Unfallverhütung nicht nur in materiellen Nützlichkeitsbetrachtungen, sondern in der Sphäre religiöser und sittlicher Verantwortung begründet sei. Man muß in der Tat den Ernst der schwerwiegenden Tatsache im Auge behalten, daß jeder Tag 9000 Unfälle auf den Verkehrsmitteln und Stra-

ßen, jedes Jahr mehr als 1/2 Million Unfallverletzte und 25 000 Tote fordert, ganz abgesehen davon, daß die Verluste bei geringer Einschätzung die Volkswirtschaft jährlich mehr als 1/2 Milliarde Mark, d. h. über die Hälfte der gesamten deutschen Reparationslasten kosten.

### Württembergische Volksbühne.

Morgen abend gelangt in Calw das fünfte dramatische Gedicht „Edelwild“ von Emil Göttsch zur Aufführung. Die Spielleitung hat der Intendant Herbert Michels. Die einzige Damenrolle wird verkörpert durch Meta Wolff. In weiteren Hauptrollen sind beschäftigt die Herren Bittler, Göttschalk, Hoenjelaars, Neumeister. Die Bühnenbilder sind nach Entwürfen des künstlerischen Beirats Erik Hermann-Wehau in den Werkstätten der Volksbühne hergestellt.

### Zusendung unbestellter Waren.

Die Handwerkskammer Reutlingen schreibt uns: Häufig erhalten Privatpersonen Warenzusendungen, die gar nicht bestellt waren. Ost sind die Waren minderwertiger Art. Den Sendungen sind vielfach Zahlungsaufforderungen oder längere Schreiben beigelegt, in denen entweder um Rücksendung der Ware oder um Bezahlung gebeten wird. Gelegentlich enthalten die Schreiben auch das erforderliche Rückporto. Zur rechtlichen Beurteilung solcher Fälle ist zu sagen, daß die unbestellte Zusendung nur ein Verkaufsangebot darstellt. Schweigen des Empfängers derartiger Zusendungen bedeutet aber keineswegs die Annahme des Angebotes. Nur wenn der Empfänger Kaufmann ist und seit längerem in regelmäßiger Geschäftsverbindung mit dem



# Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,89
100 franz. Franken	16,47
100 schweiz. Franken	81,09

## Börsenberichte.

ECB. Stuttgart, 25. Febr. Die Börse hatte heute fast kein Geschäft und die Kurse gaben nach.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

Berliner Produktenbörse vom 25. Februar.

Weizen märk. 217-219; Roggen märk. 204-207; Braugerste 218-220; Futtergerste 192-202; Hafer märk. 199 bis

206; Mais prompt Berlin 242; Weizenmehl 26,25-29,75; Roggenmehl 27,15-29,50; Weizenkleie 15,70; Weizenmelasse 15,10-15,20; Roggenkleie 14,75; Viktoriaerbsen 42-49; H. Speiseerbsen 27-33; Futtererbsen 21-23; Pelusiden 23 bis 24,50; Ackerbohnen 21-23; Wicken 27-29; Lupinen blaue 15,80-16,50, gelbe 21-22; Seradella neue 40-50; Rapskuchen 20,40-20,60; Leinkuchen 25,40-25,60; Trockenschnitzel 14,60 bis 14,90; Copaschrot 23,30-23,50; Kartoffelflocken 23 bis 23,50; allgemeine Tendenz schwächer.

## Landesproduktenbörse.

Auf dem Getreidemarkt sind in abgelaufener Woche keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Bei schleppendem Geschäftsgang blieb die Stimmung fest. Die Preise sind unverändert: Auslandsweizen 27,50-29, württ. Weizen 23,75-24,50, Sommergerste 24-25, Roggen 22,50-23,25, Hafer 22-23, Wiesenheu 10-11, Kleeheu 12-13, brahmpreßtes

Siroh 5-6 Weizenmehl 36,25-36,75, Brotmehl 28,25-28,75, Kleie 14-14,50 per 100 Kg.

## Rindviehpreise.

Kleinengtingen: Ochsen 550-650, Stiere 350-450, stübe 200-420, Kalbweib 400-600, Jungvieh 200-350 M. - Urad: Kühe 330-450, Kalbinnen 500-650, Jungvieh 180-325 M.

## Fruchtpreise.

Erolzheim: Besen 8-8,30, Weizen 11, Roggen 10,50, Hafer 11-11,40, Gerste 11,80 M. - Giengen a. Br.: Gerste 11,30-11,70, Weizen 11,40, Hafer 10,30-11,50 M. - Tübingen: Dinkel 9,50-10, Gerste 11,50-12, Hafer 11,50-12,20, Weizen 12,50-13, Kernen 13-13,50, Roggen 11,50, Sparfette 28-30 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. politischen Zuschläge in Betracht kommen. Die Schillinge.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Amtsgericht Calw.

Handelsregister-Eintrag vom 22. Februar 1929 bei der Gesellschaftsform Auto-Verkehr Bad Liebenzell G. m. b. H. in Liebenzell: Der Geschäftsführer Hans Hann ist ausgeschieden. Christian Röhle, Sattlermeister in Liebenzell ist nun alleiniger Geschäftsführer. Das Stammkapital beträgt 3600 RM. (Gesellsch. Beschl. von heute).

Calw, den 26. Februar 1929.

### Dankfagung



Für die wohlthunenden Beweise treuen Gedankens und herzlichster Liebe, die wir anlässlich des Heimgangs unseres Vaters

### Jakob Singer

erfahren durften, sagen wir allen Teilnehmenden innigen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

### Altbulach

## Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Wohnhausneubau des Herrn Gottlieb Rathfelder, Schreinermeister, sind die

Flaschner-, Gipser- und Glaserarbeiten

nach dem Preislistenverfahren zu vergeben.

Die Unterlagen sind beim Bauherren zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote bis spätestens Freitag, den 1. März ds. J., nachmittags 4 Uhr, daselbst abgegeben werden.

Die Wahl unter den Bewerbern bleibt sich vorbehalten.

Altbulach, den 25. Februar 1929.

Zeeb, Bautechniker.

### Breitenberg

## Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Wohn- und Wirtschaftsneubau des Herrn David Hennefarth zur „Krone“, sind die

Flaschner-, Gipser-, Glaser-, Schlosser- und Anstricharbeiten

im Preislistenverfahren zu vergeben.

Die Unterlagen sind beim Bauherren zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote bis spätestens Samstag, den 2. März ds. J., nachmittags 1 Uhr daselbst abgegeben werden.

Die Wahl unter den Bewerbern bleibt sich vorbehalten.

Zuschlagsfrist 10 Tage.

Altbulach, den 25. Februar 1929.

Zeeb, Bautechniker.

# Schwarze Kleiderstoffe

von Mk. 2.— bis Mk. 15.— das Meter in vielen Webarten und großer Auswahl  
Paul Ränchle, am Markt, Calw.

### Preis- auschreiben

Die Einfindungen zur Filmvorführung müssen bis Donnerstag abend abgegeben sein.

### Konsumverein

Täglich frische Tafelbutter!

Fr. Lamparter

### LUGER

#### Roch-Eier

mittel

10 St. 1.40 Mk.

schwere Steyerer

#### Roch-Eier

10 St. 1.70 Mk.

5% Rabatt

frische

#### Trink-Eier

garantiert nur einige

Tage alt aus unserer

Hefligel-Farm

Etwa 21 Pfg.

Nettopreis.

### Fahrrad

bereits neu Marke „Prestor“ hat preiswert zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

# Evang.

Buchhandlung Carl Spambalg Calw, Hermannstraße Fernsprecher Nr. 189 empfiehlt zu

## Konfirmationsgeschenken:

Gefangbücher und Tragtaschen  
Taschenbibeln  
Bücher  
in großer Auswahl  
Kunstmappen  
gerahmte Bilder  
Schreibmappen  
Schreibetuis  
Tagebücher  
Photoalben  
Briefpapiere  
Füllfederhalter

Auf 1. Mai oder später kann ein intelligenter junger Mann aus achtbarer Familie als Kaufmann.

## Lehrling

bei mir eintreten. (Eventl. mit Kost und Wohnung) Selbstgeschriebene Bewerbungen sind zu richten an

Fr. Häußler

Buch- und Papierhandlung, Calw.

Zicka 30 bis 40 Zentner

## Heu

hat zu verkaufen.  
Otto Salmon l'Armée  
Amtdiener  
Knechtsteden.

Verkaufe ein

Rind

sowie wachsamem

Hof- u. Begleithund

Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein 14 Monate altes

## Rind

verkauft.

Mch. Hamberger jg.

Oberreichenbach.

Primo

## Saatgerste

Staria

2. Abjaat, per Zentner zu

13,50 Mark, hat zu verkaufen.

Magnus Binder

Ruppingen.

Dahlenskaße bevorzugt.

Zirka 50 Zentner gut

eingebrautes

## Heu und

## Dehmd

verkauft

Chr. Sondan,

Rehgermeister.

Die schönsten Mäntel zu billigsten Preisen bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

## Turnverein Calw von 1846

Die üblichen

## Turnstunden

werden ab heute wieder aufgenommen. Freunde von Leibesübungen sind eingeladen, an denselben teilzunehmen.

Calw, 25. Februar 1929.

Der Turnrat.

## „Nach Feierabend“

Heitere Gedichte in schwäb. Mundart von Richard Vogt. Preis 1.20 Mk. Vorrätig in der Buchhandlung O. P. P.

Eine gut erhaltene eiserne

## Bandfäge

hat billig zu verkaufen.

Georg Pfau.

Bei unserem Regelfreund

## Otto

hat sich ein strommer Eichegel eingestellt. Ein dreimal kräftiges „Gut Holz“ Der Donnerstagskegelclub B. H. Seit Otto, des Spießle kost' a Fläschle.

## Haararbeiten

jeder Art und Preislage fertig

Friseur Obermatt.

## Bestellungen auf

## Einlege-Eier

Stallener und Steiermärker werden in unseren Verteilungsstellen angenommen.

Spar- u. Konsumverein Calw.

## Gedenket der hungernden Vögel!

Massarbeit ist doch das Beste!

Gehen Sie darum zum erfahrenen Schneidermeister. Er wird Sie gut, preiswert und individuell bedienen.

# Großer Serienverkauf in Herren-, Burschen- und Knaben-Anzügen

Sch bringe einen Posten fertige Anzüge zu folgenden außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf:

Seite	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Mk.	10	15	20	25	30	40	50	60	70	80	90

Hiermit jedermann Gelegenheit geboten, einen guten Anzug billig zu kaufen. Ich bitte um Beschäftigung ohne jeden Kaufzwang! Verkauf nur gegen bar!

Paul Ränchle, am Markt, Calw.